

Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister



N i e d e r s c h r i f t

02/050/2023

über die Sitzung **des Haupt-, Finanz- und Bildungsausschusses**
am **Mittwoch**, dem **09.08.2023**, von **18:00 Uhr** bis **19:30 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Bürgermeister

Josef Suermann

Ordentliche Mitglieder

Jutta Fritzsche

Klaus-Peter Gosse

Stefan Köhne

Helmut Lensdorf

Rainer Neumann

Stefanie Pohlmeier

Mathias Schmidt

Elmar Stricker

Josef Wolff

stellv. Mitglieder

Josef Büker

Reinhard Lammersen

Protokollführer

Elmar Meyer

Abwesend:

Ordentliche Mitglieder

Thorsten Hölting

Elmar Konrad Krüger

Zuhörer: 8

Presse: ./.

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Josef Suermann begrüßt die Anwesenden und stellt widerspruchlos die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

**2. Konzepterstellung zur Nachnutzung von leerstehenden Gebäuden im alten Ortskern in Vörden und für Gebäudeteile der Abtei Marienmünster hier: Absichtserklärung zur Übernahme von Eigenanteilen
Vorlage: 732/2023**

Bürgermeister Suermann weist in Ergänzung zur Beschlussvorlage darauf hin, dass öffentliche Förderungen an die Erstellung von Nutzungskonzepten geknüpft sind. Die Stadt Marienmünster habe sich erfolgreich um die Aufnahme in die Projektfamilien beworben, in dessen Rahmen entsprechende Konzepte für die Nachnutzung leerstehender, ehemals landwirtschaftlich genutzter Immobilien im alten Ortskern in Vörden und von leerstehenden Gebäudeteilen der Abtei Marienmünster erarbeitet werden können. Zu diesem Zweck habe mit der OstWestfalenLippe GmbH bereits ein erster Ortstermin stattgefunden. Voraussetzung für die Fortführung sei aber eine Bestätigung der Stadt, dass die Eigenmittel für das Projekt bereitgestellt werden.

Mathias Schmidt unterstützt diese zielgerichteten Planungen, regt aber an, auch die Immobilien im Bereich Angerberg mit einzubeziehen und sich nicht nur auf den Bereich Niedernstraße zu fokussieren.

Bürgermeister Josef Suermann weist darauf hin, dass auch dieser Punkt im Rahmen des Ortstermins thematisiert wurde. Eine Ausweitung sei aber nach Aussage der Vertreter der OstWestfalenLippe GmbH aufgrund begrenzter Finanzmittel (Restmittel aus der REGIONALE 2022) nicht möglich. Die Planungsergebnisse könnten aber exemplarisch auch auf andere Bereiche übertragen werden.

Josef Büker regt an, die bereits vor Jahren erarbeiteten Planungen von Architekt Lohmann in die Bewertung mit einzubeziehen.

Auf die Fragen von Mathias Schmidt, Rainer Neumann und Josef Wolff skizziert Bürgermeister Josef Suermann die weitere Vorgehensweise und die Finanzierungsmodalitäten.

Auf den Hinweis von Klaus-Peter Gosse führt Bürgermeister Josef Suermann aus, dass die Stadt Marienmünster ein ganz erhebliches Interesse an der Fortentwicklung der Abtei hat. Dem bereits jahrelangen Stillstand müsse entgegengewirkt werden. Er ergänzt zur Patronatsverpflichtung des Landes, dass diese sehr differenziert ausgestaltet sei. Danach bestehe lediglich die Verpflichtung, den aktuellen Bestand zu erhalten. Veränderungen im Bestand würden über die Patronatsverpflichtung nicht finanziert.

Beschluss:

Für das Projekt werden Eigenmittel in Höhe von insgesamt 16.300 € im Haushaltsplan 2024 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3. Planung eines Neubaus eines Übergangsheimes in Vörden Vorlage: 736/2023

In Ergänzung zur Beschlussvorlage weist Bürgermeister Josef Suermann darauf hin, dass kein großes Flüchtlingsheim geplant sei. Vielmehr seien kleine dezentrale Gebäude beabsichtigt, die sich an die Umgebung anpassen sollten. Nach jetzigem Stand gehe man von ca. 4 Wohneinheiten in einem Haus aus, mit einer Belegung von 20 bis max. 30 Personen. Zudem sollte die Ausgestaltung der Unterkunft die Möglichkeit eröffnen, sie dem sozialen Wohnungsbau zuzuführen, sobald sie nicht mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt würden. Er läutert die zwingende Notwendigkeit, ausreichenden Wohnraum zu schaffen. Der Ankauf leerstehender Häuser sei aus seiner Sicht nicht nachhaltig, da diese in der Regel energetisch unzureichend seien und der Betrieb mit hohen Nebenkosten verbunden sei. Zudem sei eine bedarfsgerechte Umgestaltung von Altgebäuden im Regelfall nicht möglich.

Mathias Schmidt erklärt, dass er zu diesem Punkt noch erheblichen Beratungsbedarf sehe. Es sollten weitere Alternativen erarbeitet und dabei auch Leerstände einbezogen werden. Bezüglich des in der Vorlage mit Ziffer 1 bezeichneten Grundstückes gibt er zu bedenken, dass dieses aufgrund seiner abschüssigen Lage bei Starkregenereignissen besonders beeinträchtigt sei. Anhand der jetzigen Grundlagen sehe er sich nicht in der Lage, heute einen Beschluss zu fassen.

Bürgermeister Josef Suermann verdeutlicht, dass dieser Punkt lediglich als Einstieg in die Diskussion dienen soll. Er betont aber gleichzeitig den dringenden Handlungsbedarf.

Jutta Fritzsche erklärt, dass dieses Thema bereits intensiv diskutiert worden ist und dabei die Notwendigkeit einhellig bestätigt wurde. In die weiteren Planungen sollten auch die Flüchtlingshelferinnen und –helfer eingebunden werden.

Auf die Frage von Josef Büker erläutert Bürgermeister Josef Suermann, dass der Standort 1 bauplanerisch unproblematisch sei. Auf der Grundlage des bestehenden Flächennutzungsplanes sei ein Neubau im Wege der Abrundung möglich. Der Standort 2 (Rasenfläche des Hallenbades) befinde sich auf einer Gemeinbedarfsfläche, die den Bau einer Flüchtlingsunterkunft zulasse. Lediglich bei der Überführung in den sozialen Wohnungsbau sei eine bauplanungsrechtliche Änderung herbeizuführen. Zu diesem Standort gibt er zu bedenken, dass bei einer Bebauung die Möglichkeit verbaut wäre, diese Fläche als Spiel- bzw. Sportfläche für die Grundschule zu nutzen.

Josef bittet darum, die Flüchtlingssituation im Stadtbereich Marienmünster zahlenmäßig darzulegen.

Nachrichtlich zu Protokoll:

Insgesamt leben im Stadtgebiet Marienmünster aktuell 158 Flüchtlinge, davon

- 79 Personen nach FlüAG (laufendes Asylverfahren + ukrainische Flüchtlinge)*
- 74 Personen mit Wohnsitzauflage (Familiennachzug wird hierbei nicht berücksichtigt, da es sich nach der Definition nicht um Flüchtlinge handelt).*
- 5 Personen mit einer Duldung*

In den Wohnheimen der Stadt Marienmünster sind insgesamt 104 Personen untergebracht.

Stand: 14.08.2023 noch aufzunehmende Personen
(die Quoten werden wöchentlich aktualisiert)

Quote Zuweisungen nach dem FlüAG = - 9 Personen

Quote Zuweisungen von anerkannten Flüchtlingen (Wohnsitzauflage) = - 80 Personen

Elmar Stricker verweist auf die Notwendigkeit, den Ortsausschuss Vörden zeitnah zu beteiligen und fordert in diesem Zusammenhang auch Eigeninitiative ein. Der Standort 2 biete den Vorteil, dass eine Anbindung an das unmittelbar angrenzende Blockheizkraftwerk möglich sei. Bezüglich des Standortes 1 verweist er ebenfalls auf Probleme bei Starkregen.

Helmut Lensdorf spricht sich gleichfalls für die Beteiligung des Ortsausschusses aus und sieht den Standort 1 auf den ersten Blick nicht als vorteilhaft an.

Rainer Neumann betont die Notwendigkeit, dass unabhängig vom Standort auch die Lebensmöglichkeiten der Flüchtlinge einbezogen werden müssen.

Handlungsbedarf ist auch nach Einschätzung von Josef Wolff gegeben. Da er allerdings von einer temporären Lage ausgehe, spricht er sich im Hinblick auf die hohen Kosten eines Neubaus für die Nutzung von Leerstandsgebäuden aus. Die spätere Überführung in den sozialen Wohnungsbau sehe er kritisch.

Rainer Lammersen regt an, auch den Ankauf und Abriss von Altbeständen in die Planungen einzubeziehen.

Bürgermeister Josef Suermann verweist abschließend erneut auf die Notwendigkeit, zeitnah zu reagieren und in die konkreten Planungen einzusteigen. Auf seinen Vorschlag ergeht folgender

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt und zunächst an den Ortsausschuss Vörden und den Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen verwiesen, mit dem Ziel, kurzfristig einen beschlussfähigen Vorschlag zu erarbeiten

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4. Mitteilungen und Anfragen

4.1. ISEK

Bürgermeister Josef Suermann weist darauf hin, dass mit den Fraktionsvertretern am 13.06.2023 die im Zuge des ISEK erstellte Maßnahmenliste überarbeitet und dabei zahlreiche Maßnahmen gestrichen wurden.

Die überarbeitete Maßnahmenliste sei Gegenstand einer Besprechung mit Vertretern der Bezirksregierung am 03.08.2023 gewesen. Danach sehe die neue Städtebauförderrichtlinie die Beschränkung auf ein Gebiet vor. Im konkreten Fall bedeute dies, dass sich die Städtebaufördermaßnahmen auf eine Ortschaft im Stadtbereich Marienmünster beschränken müssen.

Die neue Förderrichtlinie bringe auch mit sich, dass die Kommunen bereits im Zuge der Antragstellung einen höheren Planungsaufwand haben. Beispielsweise seien für die Entwicklung des angedachten multifunktionalen Gebäudes bereits bei Beantragung eine Konkretisierung bis hin zur Leistungsphase 3 und ein konkretes Nutzungskonzept erforderlich.

Angesichts dieser hohen Anforderungen könne eine Antragstellung erst im nächsten Jahr erfolgen (Antragsfrist 30.09.2024 für 2025).

Nähere Informationen sollen im Rahmen einer am 10.08.2023 bei der Bezirksregierung in Detmold stattfindenden Informationsveranstaltung bekannt gegeben werden.

4.2. Gründung eines KMVZ

Aktuell werden nach Mitteilung von Bürgermeister Josef Suermann intensive Gespräche zur Gründung eines kommunalen medizinischen Versorgungszentrums geführt. Über die konkreten Ergebnisse werde er zu einem späteren Zeitpunkt informieren.

4.3. Personal

Elmar Meyer gibt bekannt, dass zum 01.08.2023 zwei Neueinstellungen im Rathaus erfolgt sind:

- Christine Eckart, geb. Lammersen, Bredenborn, hat ihren Dienst im Personalamt zur Unterstützung von Gudrun Krause aufgenommen.
- Levin Mönks, Kollerbeck, hat seine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten begonnen.

4.4. Termine

Bürgermeister Josef Suermann gibt folgende Termine bekannt:

23.08.2023	Rat (sofern ausreichende Beratungspunkte vorliegen)
30.08.2023	„Unternehmergrillen“ unter Beteiligung der Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur
06.09.2023	Rechnungsprüfungsausschuss
20.09.2023	Hauptausschuss oder Rat
18.10.2023	Rat
15.11.2023	Hauptausschuss
13.12.2023	Rat

4.5. Stellplatz für Wohnmobile

Auf die Frage von Mathias Schmidt stellt Bürgermeister Josef Suermann die Notwendigkeit für den Rückbau des Stellplatzes für Wohnmobile in Vörden in Frage.

Sofern hier dennoch Handlungsbedarf gesehen werde, sollte eine Vorberatung im Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen erfolgen.

4.6. Teilflächennutzungsplan Windkraft

Bürgermeister Josef Suermann teilt auf die Frage von Josef Büker mit, dass noch ein Gutachten zum Artenschutz aussteht und nach Möglichkeit in der kommenden Woche die Bekanntmachung zur Offenlage des Teilflächennutzungsplanes Windkraft erfolgen soll.

5. Fragen von Einwohnern

5.1. Sondervermögen "Ukraine"

Die Frage einer ZuhörerIn zur Verwendung des Sondermögens „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ wird von Bürgermeister Josef Suermann beantwortet.

5.2. Beteiligung von Ortsausschüssen

Unter Bezugnahme auf die Beratungen zum TOP 3 erläutert Bürgermeister Josef Suermann auf die Frage eines Zuhörers, dass die Rückverweisung von Tagesordnungspunkten an den Ortsausschuss ein gängiges und auch sinnvolles Instrument sei. Die Beschlüsse der Ortsausschüsse hätten dabei empfehlenden Charakter und fließen in die Entscheidungsfindung mit ein.

gez. Josef Suermann
Vorsitzende/r

gez. Elmar Meyer
Protokollführer/in